

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Kapitel – Die Vorgaben des Grundgesetzes	4
A. Die Rundfunkfreiheit als dienende Freiheit	4
I. Die Grundentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	5
1. Das Urteil zur Umsatzsteuerpflichtigkeit	6
2. Die FRAG-Entscheidung und das Niedersachsen-Urteil	8
3. Die Präzisierung der Grundsätze	9
4. Das erste Gebührenurteil	10
5. Das zweite Gebührenurteil	13
II. Konsequenzen für die Finanzierung	14
B. Die Rundfunkfreiheit als subjektives Abwehrrecht	15
2. Kapitel – Die Rundfunkgebühr de lege lata	18
A. Die Rechtsnatur der Rundfunkgebühr	18
I. Einordnung der Rundfunkgebühr durch Literatur und Rechtsprechung ..	19
1. Anfänge der Finanzierung	21
2. Einordnung nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1968	22
II. Eigene Einschätzung	27
B. Die Rundfunkgebühr de lege lata am Beispiel der Abgabepflicht für internetfähige PC	30
I. Gang der technischen Entwicklung	32
II. Reaktionen des Gesetzgebers	34
III. Reaktion der Anstalten und der Rundfunkkommission der Länder	36
IV. Reaktion des Presse und der Öffentlichkeit	37
V. Aufarbeitung der rechtlichen Ausgangslage im Hinblick auf die staatsvertragsgebenden Länder	38
VI. Aufarbeitung der Rechtslage durch Literatur und Rechtsprechung	40
1. Erster Ansatzpunkt: Rundfunkbegriff	40

2. Zweiter Ansatzpunkt: Zurechnung zum Grundversorgungsauftrag	42
3. Dritter Ansatzpunkt: Mangelnde Bestimmtheit der gesetzlichen Regelungen	45
4. Vierter Ansatzpunkt: Das finale Element beim Rundfunkteilnehmer ..	51
a) Frühere Entscheidungen zu herkömmlichen Empfangsgeräten	52
b) Die neuen Urteile zur Rundfunkteilnehmereigenschaft.....	55
c) Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz.....	58
d) Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	59
e) Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen.....	60
f) Eigene Bewertung.....	62
5. Fünfter Ansatzpunkt: Verstoß gegen die Informationsfreiheit des Art. 5 Abs.1 S.1 Hs.2 GG	66
a) Schutzbereich	66
b) Eingriff.....	67
aa) Qualifizierung als Ausgestaltungsregelung	70
bb) Konsequenzen für den Eingriff in die Informationsfreiheit.....	73
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	76
aa) Geeignetheit und Erforderlichkeit der Regelung	77
(1) Gänzlicher Verzicht auf die Erhebung einer Rundfunkgebühr für internetfähige PCs.....	79
(2) Einführung eines Registrierungsmodells	83
(3) Neuordnung der Rundfunkfinanzierung als milderes Mittel.....	87
bb) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne/Angemessenheit	88
6. Sechster Ansatzpunkt : Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs.1 GG	92
a) Verfassungsrechtliche Grenzen einer typisierenden Regelung	93
aa) Intensität der Beeinträchtigung	96
bb) Anzahl der von einer Härte betroffenen Personen.....	96
cc) Härten nur unter Schwierigkeiten vermeidbar	98
dd) Einstellen der Ergebnisse in die Abwägung.....	98
b) Ergebnis	102
7. Siebter Ansatzpunkt: Verstoß gegen die Eigentumsfreiheit und gegen die Berufsfreiheit.....	103
VII. Zusammenfassung	104
3. Kapitel – Die Reform der Rundfunkgebühr	106

A. Die Reformanläufe	107
B. Die einzelnen Modellüberlegungen.....	110
I. Die geräteabhängigen Modelle	111
1. Das Modell einer modifizierten Rundfunkgebühr	111
a) Der Anknüpfungspunkt der Zahlungspflicht im privaten Bereich ..	113
aa) Die Definition des Haushalts	113
bb) Die Definition der Wohnung	115
cc) Zweit- Wochenend- und Ferienwohnungen	121
dd) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen	123
ee) Der Schuldner der Wohnungsabgabe	123
(1) Ermittlung des Schuldners	123
(a) Bestimmter Wohnungsbewohner als alleiniger Schuldner...	123
(b) Gesamtschuldnerschaft aller volljährigen Wohnungs	
bewohner	125
(2) Zwingende Befreiungsvorschriften, Störung der Gesamt	
schuld	127
(a) Ausnahme für Ehegatten.....	128
(b) Ausnahme für eingetragene Lebenspartner	129
(3) Grundsätzliche Abkehr von dem Instrument der	
Abgabebefreiung bei sozialer Bedürftigkeit.....	130
ff) Die datenschutzrechtlichen Probleme	131
(1) Überführung der bestehenden Daten.....	132
(2) Erhebung neuer Daten	133
(a) Bisheriges Verfahren	133
(b) Einmaliger Meldedatenabgleich.....	136
gg) Zusammenfassung.....	141
b) Der Anknüpfungspunkt der Zahlungspflicht im nicht privaten	
Bereich.....	142
aa) Die Definition der Betriebsstätte.....	142
bb) Der Schuldner der Betriebsstättenabgabe	145
cc) Die möglichen und erforderlichen Korrekturen im nicht	
privaten Bereich	145
(1) Rabattierung	148
(2) Staffellösung.....	149
(3) Spezielle Regelungen für das Beherbergungsgewerbe und	
gewerblich vermietete Ferienwohnungen	150

(4) Unterscheidung zwischen gewerblichem und kommerziellem Empfang (Schweiz)	151
(5) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen	154
c) Die gesetzliche Vermutung	155
aa) Zulässigkeit der gesetzlichen Vermutung	157
(1) Wohnungsabgabe	158
(2) Betriebsstättenabgabe	160
bb) Anforderungen an die Widerlegung der gesetzlichen Vermutung	162
(1) Die Versicherung an Eides statt	162
(2) Unterbinden des Rundfunkempfangs durch technischen Vorkkehrungen bei neuartigen Empfangsgeräten	166
(3) Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Regelungen	168
d) Zusammenfassung zur Ausgestaltung der modifizierten Rundfunkgebühr	168
e) Rechtsnatur der modifizierten Rundfunkgebühr	170
2. Weitere geräteabhängige Modelle	173
II. Die geräteunabhängigen Modelle	173
1. Die geräteunabhängige Abgabe	174
a) Das die Zahlungspflicht auslösende Element im privaten Bereich	175
b) Das die Zahlungspflicht auslösende Element im nicht privaten Bereich	175
aa) Die Definition der Betriebsstätte	175
bb) Die neue Problematik bei Staffellösungen	178
(1) Eine Staffe lung nach Beschäftigten	179
(2) Benachteiligung von Filialbetrieben bei einer Staffe lung nach Beschäftigten	185
(3) Spezielle Regelungen für das Beherbergungsgewerbe und gewerblich vermietete Ferienwohnungen	187
cc) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen	188
c) Die finanzverfassungsrechtliche Einordnung vor dem Hintergrund einer Universalität der Abgabepflicht	190
aa) Keine zwingende Qualifikation als Steuer	191
bb) Erhebung als Vorzugslast	197
(1) Belastungsgrund der Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Leistung	197
(a) Typisierungen beim vermuteten Vorteil	198

(aa) Wohnungen	199
(bb) Betriebsstätten.....	199
(cc) Zwischenergebnis	201
(b) Gestalt des Vorteils.....	202
(2) Belastungsgrund des mittelbaren strukturellen Vorteils	203
cc) Die Medienabgabe als Sonderabgabe.....	205
(1) Anforderungen an die Sonderabgabe	206
(2) Erfüllung der Kriterien durch die Medienabgabe	208
dd) Einstufung als sonstige Abgabe.....	209
(1) Grundsätzliche Zulässigkeit von „sonstigen Abgaben“	209
(2) Zulässigkeitsvoraussetzungen für die sonstige Abgabe.....	213
(a) Deutliche Unterscheidbarkeit der Medienabgabe von der Steuer.....	214
(aa) Originäre Abgabenkompetenz aus Art. 5 Abs.1 S.2 GG ..	215
(bb) Besondere Empfänger der Abgabe	219
(cc) Schuldner der Abgabe in Abgrenzung zur Allgemeinheit	221
(b) Abschließende Beurteilung der Steuerähnlichkeit.....	222
2. Die Steuerlösungen.....	224
a) Rundfunksteuer	224
b) Finanzierung über bestehende Landessteuern.....	227
c) Finanzierung über bestehende Gemeinschaftssteuern/ Bundessteuern	230
d) Staatsferne Finanzierung	231
e) Zusammenfassende Ergebnisse der Steuerlösungen.....	232
C. Europarechtliche Einordnung.....	234
I. Die Rundfunkgebühr als Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEU.....	235
II. Die Reformmodelle als Neubeihilfen im Sinne des Art. 108 AEU	238
1. Die Auslegung der Rechtsprechung	240
2. Kriterien der Kommissionspraxis.....	241
3. Konsequenzen für einen Systemwechsel in Deutschland	244
4. Zusammenfassung	246
D. Abschließende Zusammenfassung und Bewertung.....	247
I. Modellunabhängige Gemeinsamkeiten	247
1. Aufgabe der Unterscheidung zwischen herkömmlichen und neuartigen Empfangsgeräten.....	248

2. Aufgabe der Unterscheidung zwischen Grund- und Fernsehgebühr ..	248
3. Verzicht auf die Ermittlung der Geräteanzahl	250
4. Anknüpfung an Wohnung und Betriebsstätte	250
II. Modellabhängige Unterschiede und ihre Konsequenzen.....	250
1. Die unterschiedlichen Belastungsgründe und ihre Folgen	250
a) Modifizierte Rundfunkgebühr.....	251
b) Geräteunabhängige Abgaben.....	252
2. Zusammenfassung und Bewertung.....	253
a) Sicherstellung der funktionsadäquaten Finanzierung	254
b) Rechtliche Unbedenklichkeit.....	255
c) Reaktionen auf die technische Konvergenz.....	258
d) Praktikabilität des Verwaltungsvollzugs	259
e) Ergebnis	260

Literaturverzeichnis	264
-----------------------------------	------------